

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 29

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 29

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union

- (1) Die Europäische Union verpflichtet sich zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erstreckt und die auf einer fortschreitenden Entwicklung der gegenseitigen politischen Solidarität der Mitgliedstaaten, der fortschreitenden gemeinsamen Ermittlung der Fragen von allgemeiner Bedeutung und der Positionen der Union auf diese Fragen, der gegenseitigen Abstimmung und einer zunehmend stärkeren Konvergenz zwischen den Maßnahmen der Mitgliedstaaten beruht.
- (2) Der Europäische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und zwar auch bei Fragen mit verteidigungspolitischen Bezügen fest. Der Ministerrat Rat trifft die für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erforderlichen Entscheidungen auf dieser Grundlage gestaltet diese Politik nach Maßgabe von Teil II der Verfassung aus.
- (3) ~~Der Europäische Rat und der Ministerrat fassen die erforderlichen Beschlüsse.~~
- (4) Diese Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird vom Außenminister der Union und von den Mitgliedstaaten mit den auf einzelstaatlicher und auf Unionsebene verfügbaren Mitteln umgesetzt.
- (5) Die Mitgliedstaaten stimmen einander im Rat und im Europäischen Rat zu jeder außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung ab, um ein gemeinsames Vorgehen festzulegen. Bei Auftreten einer internationalen Krise oder einer Frage von strategischer Bedeutung für die Union beruft der Europäische Außenminister unverzüglich den Rat ein. Dieser beschließt

eine gemeinsame Haltung der Union. Bevor ein Mitgliedstaat auf internationaler Ebene eine Maßnahme ergreift oder eine Verpflichtung eingeht, die die Interessen der Union berühren könnte, konsultiert er die anderen Mitgliedstaaten im Rat oder im Europäischen Rat. Die Mitgliedstaaten gewährleisten durch konvergentes Handeln, dass die Union ihre Interessen und Werte auf internationaler Ebene geltend machen kann. Die Mitgliedstaaten sind untereinander solidarisch.

(6) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehört und über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.

(7) Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ~~nehmen der Europäische Rat und der Ministerrat~~ außer in den in Teil II der Verfassung vorgesehenen Fällen und mit der Ausnahme von Beschlüssen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen, Beschlüsse ~~einstimmig~~ mit qualifizierter Mehrheit an. ~~Sie Er beschließen beschließt~~ auf Vorschlag eines Mitgliedstaates oder des Außenministers der Union oder auf gemeinsamen Vorschlag des Außenministers der Union und der Kommission.

[(8) Der Europäische Rat kann einstimmig entscheiden, dass der Rat in anderen als den in Teil II der Verfassung genannten Fällen mit qualifizierter Mehrheit beschließt.]*

Explanation (if any) :

Absatz 1: Die Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik darf nicht hinter die bestehenden Bestimmungen zurückfallen (Art. 11 EUV) sondern sollte weiterentwickelt werden.

Absatz 2: Die unterschiedlichen Aufgaben von Europäischem Rat und Rat sollten klar beschrieben werden: Der Europäische Rat bestimmt die strategischen Interessen der Union und legt die Ziele ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fest, der Rat trifft auf dieser Grundlage die für die Festlegung und Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erforderlichen Entscheidungen.

Absatz 3: Durch Überarbeitung von Absatz 2 überflüssig.

Absatz 5: Bei der Abstimmung von Positionen zu außen- und sicherheitspolitischen Frage von allgemeiner Bedeutung sollte der Europäische Außenminister eine besondere Rolle spielen. Zudem sollte deutlich gemacht werden, dass die Union in solchen Fällen die Festlegung einer

gemeinsamen Haltung anstrebt.

Absatz 7: Grundsätzlich sollten Entscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, mit der Ausnahme von Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen, mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

Absatz 8: Diese Bestimmung ist bei grundsätzlicher Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit nicht erforderlich.

Anmerkung: Zudem sollte das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit auf alle Bereiche der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angewandt werden können. Bestehende Ausnahmeregelungen sollten gestrichen werden (Art. 27 b EUV).